

//BESCHLUSS//

Bildungsfinanzierung: Endlich klotzen, nicht kleckern!

Datum: 28.10.2019

Beschreibung: Beschluss des Landesdelegiertenkonferenz

Inhalt:

RESOLUTION

So ist die Lage

Auf alle Forderungen der GEW Niedersachsen kommt von Politiker*innen aus Regierungen und Parlamenten oft das Totschlagargument: „Das Geld reicht nicht aus“. Zu oft! Damit wollen wir uns nicht abfinden. Denn wenn es inhaltliche Übereinstimmungen mit den Forderungen der GEW gibt, ist die Politik schlicht in der Pflicht, für die Finanzierung zu sorgen. Dafür wurde sie gewählt.

Beim Dresdener Bildungsgipfel 2008 gab es die Verständigung zwischen Bund und Ländern, dass ab dem Jahr 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandproduktes für Bildung und Forschung ausgegeben werden sollten.

Bund und Länder gescheitert

Die GEW Niedersachsen stellt fest, dass der Bund und das Land Niedersachsen beim Erreichen dieses Ziels gescheitert sind - und der Trend sogar negativ ist. Das lässt sich mit Zahlen belegen.

Die GEW fordert das Land zu einer sofortigen Trendumkehr und zu großen Sprüngen hin zum festgelegten Zehn-Prozent-Ziel auf. Dabei müssen wichtige Bildungsvorhaben verstetigt finanziert werden.

Die GEW Niedersachsen setzt dabei auf eine öffentliche – nicht private – Bildungsfinanzierung, weil Bildung nicht vom Kostostand abhängig sein darf und ein Mehr an Privatisierung ein Mehr an sozialer Spaltung bedeutet.

Steigerung dringend nötig

Damit könnten die Forderungen der GEW Niedersachsen und alle notwendigen bildungspolitischen Vorhaben angeschoben werden:

- das Ende von Zwangsteilzeit für pädagogische und therapeutische Fachkräfte
- die Anhebung von GHR-Lehrkräften auf A13/E13 (plus Besserstellung der Fachpraxislehrkräfte und Stufenangleichung der DDR-Lehrkräfte)
- die Wiedereinführung der zweiten Stunde der Altersermäßigung an den Schulen
- eine neue Arbeitszeitverordnung Schule mit spürbaren Entlastungen für alle Schulformen

plus:

//BESCHLUSS//

- die bessere Ausfinanzierung von Hochschulen, Forschungs- und Weiterbildungseinrichtungen
- der Abbau von prekärer Beschäftigung in diesen Bereichen
- der Ausbau einer gelingenden Inklusion, Ausbau von multiprofessionellen Teams, Team-teaching, kleinere Klassen u.v.m.
- der Ausbau von politischer Bildung
- sowie weitere dringend notwendige Verbesserungen im Bildungsbereich, wie zum Beispiel der Abbau von Benachteiligungen mit dem Ziel der Chancengleichheit

Im Kern: Mindestens die Vereinbarung des Bildungsgipfels von Dresden muss endlich umgesetzt werden. Der Bildungsetat hat deutlich zu wachsen.